

Eine Eingabe für den Ausbau des Zivilschutzes

Autor(en): **Keller, Eugen**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Protar**

Band (Jahr): **26 (1960)**

Heft 11-12

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-363912>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Solche Massnahmen hat sie schon längst und in grösstem Ausmass getroffen. Schon vor der Aufrüstung in der Bundesrepublik hat die Volkskammer das Gesetz über den Ausbau des Luftschutzes angenommen. In Tausenden von Versammlungen, in billigen Broschüren wird die Bevölkerung auf den Luftschutz vorbereitet, der Bevölkerungsschutz weitgehend organisiert.

Schliesslich ist es eine selbstverständliche Fürsorge der staatlichen Verwaltung der Bundesrepublik und der Nato-Partner, alle Massnahmen zu treffen, um in einem Katastrophenfall Verluste zu vermeiden und schnelle Hilfe sicherzustellen. Neutrale Länder wie die Schweiz und Schweden haben Vorbildliches auf diesem Gebiet geleistet.

Es gibt ängstliche Gemüter, die von vorsorglichen Massnahmen des Bevölkerungsschutzes und der Heimatverteidigung eine Nervosität der Bevölkerung befürchten. Ich glaube nicht daran, wenn der Sinn aller Massnahmen sorgfältig erläutert wird und wenn sich um den Kern freiwilliger Mitarbeiter immer mehr verantwortungsbewusste Frauen und Männer sammeln. Ebenso sollte die Tatsache eine gewisse Beruhigung sein, dass alle Parteien in der Bundesrepublik die gleiche Meinung in dieser Frage haben und die hier

geäusserten Auffassungen unterstützen. Schliesslich bedeutet ja auch die Zustimmung aller Parteien in den uns befreundeten Nachbarstaaten, dass es sich hier um eine überparteiliche gemeinsame Aufgabe handelt, die für den Katastrophenfall eines heissen Krieges die Bevölkerung vor vermeidbaren Verlusten schützen soll. Es ist eine Aufgabe der Humanität. Die Vorbereitung ist notwendig. In Krisenzeiten und in Zeiten der Not funktioniert nur das, was geübt ist.

Schliesslich werden die Menschen der Naturkatastrophen nur dann schnell Herr, wenn sie auf die Abwehr vorbereitet sind. Ob es sich um Deichbrüche, Sturmfluten, Feuersbrünste oder was auch immer handelt, die Bürger sind auf die Abwehr vorbereitet, auch wenn alle hoffen, dass der Ernstfall nicht eintritt. Der Feuerlöscher im Haus, der Arzeneikasten im Auto bedeuten im kleinen das gleiche, was vorsorgliche Massnahmen zum Schutze der Bevölkerung im schlimmsten Katastrophenfall bezwecken. Jeder einsichtige Mensch wird dazu beitragen, die Schrecken von Katastrophen zu mildern, solange man noch Zeit dazu hat. Dank den freiwilligen Helfern, die trotz der materiellen Einstellung der heutigen Zeit der Gemeinschaft dienen und ein Beispiel geben!

Eine Eingabe für den Ausbau des Zivilschutzes

Basel, 16. September 1960

Stellungnahme zum Ergebnis der Beratungen der Militärkommission des Nationalrates in Sils Maria

Hochgeachtete Herren Parlamentarier!

Wir danken Ihnen für Ihren Einsatz bei der Verwirklichung von Postulaten aus der Eingabe unserer Gesamtpartei im Jahre 1958. Mit grossem Interesse verfolgten wir die Verhandlungen von Sils. Deren Ergebnis veranlasst uns zu einem erneuten Aufruf.

Das Bestimmungsrecht unseres Parlamentes darf in keiner Weise geschmälert werden. Es ist gefährlich, Struktur und Bestände der Formationen unserer Armee durch den Bundesrat allein fixieren zu lassen, wie dies in Artikel 7 der bundesrätlichen Vorlage zutage tritt. Diese Delegation ist unserer Demokratie unwürdig. Ein Parlament, das «parliert» und handelt — handeln und bestimmen will und darf, ist der lebendigste Ausdruck der Demokratie. Der Bürger will, dass der Parlamentarier, den er nach Bern schickt, aktiv eingreift und Verantwortung trägt und nicht Verantwortung delegiert.

Mit grosser Besorgnis stellen wir fest, dass in Sils über unsere Landesverteidigung diskutiert wurde, ohne Einbezug des Zivilschutzes.

Im Mai 1959 stimmte unser Volk dem Verfassungsartikel über den Zivilschutz zu, weil man damals laut verkündete: Zivilschutz ist Landesverteidigung!

Der ablehnende Stichtentscheid des Kommissionspräsidenten in der Frage des Stimmrechts des Waffenchefs der Luftschutztruppe in der Landesverteidigungskommission, und die Einreihung der Luftschutztruppen an letzter Stelle nach den Veterinär- und Reparatur-Truppen kommt einer unverständlichen Unterbewertung der für die Schweiz so wichtigen Schutztruppe gleich. Wir Basler bitten die Herren unserer Fraktion, diesen eindeutigen Fehler zu korrigieren. Wir verlangen, dass ab sofort der Zivilschutz in die Vorlage miteinbezogen wird, gleichgültig im Augenblick, welchem Departement er künftig unterstellt wird.

Dem Zivilschutz sollen neben umgeteilten Altgedienten und HD volldiensttaugliche junge Leute zugeführt werden. Die Rettungsarbeiten im Trümmereck einer zerstörten Stadt sind ebenso vielfältig, schwer und kräfteheischend wie der Dienst bei einer Waffengattung der Armee.

Der heute plötzlich einsetzende Spurt in der Gestaltung der Armee darf uns nicht zu Kurzschlusshandlungen ohne Einbezug des Zivilschutzes verleiten. Luftschutz und Zivilschutz allein ermöglichen uns ein Ueberdauern der Schläge von Nuklearwaffen.

Ohne Ueberdauern gibt es kein aktives Schlagen!

Sorgen Sie, hochgeachtete Herren, dafür, dass ab 1961, neben den 1,2 Milliarden für die Armee, ein entsprechend hoher Betrag für den Zivilschutz — für das Ueberdauern — ausgesetzt wird.

Unsere ablehnende Haltung gegen die Beschaffung von Panzern und Flugzeugen — Mittel, die wir ewig in ungenügender Zahl und in veralteter Form besitzen würden, deren Uebungsplatz- und Nachschubprobleme bis heute unlösbar blieben — betonen wir erneut.

Nach wie vor lehnen wir Schwerstmittel, die in der Hand der höhern Führung gehortet werden, ab. Was wir brauchen, sind modernste, bewegliche, panzerbrechende Mittel bei den Kleinstverbänden aller Waffen.

Wir fordern eine Rüstung, die den Verbänden der regulären Feldarmee, wie aber auch — in einer spätern Phase — den Kleinkriegsdetachementen nützt.

Der vollausgebaute Zivilschutz und die bis in die Kleinstverbände modernst gerüstete Infanterie-Armee allein geben der kleinen Schweiz die Möglichkeit, gegen einen materiell und numerisch überlegenen Gegner würdig bestehen zu können.

Im Hinblick auf den guten Geist unserer Miliz und die enge Verbundenheit von Front und Heimat bitten wir Sie, dafür besorgt zu sein, dass die Sektion «Heer und Haus» endlich in der Truppen-Ordnung verankert wird.

Wir bitten Sie, darüber zu wachen, dass dem Berufsoffizier das Recht auf Kritik und freie Meinungsäusserung zu-

gestanden wird und dass niemals mehr mannhafter Mut als Verstoss gegen die Disziplin verurteilt wird.

Hochgeachtete Herren, werten Sie unsere Eingabe nicht als ungehörige Einmischung. Wir sind gewohnt, unsere Wünsche und Forderungen vor der Session anzubringen, in der Erwartung, sie würden Ihnen bei der Lösung der Probleme helfen.

Hier in Basel waren wir ausserordentlich froh, dass wir uns in diesen Tagen mit unserem Vertreter im Nationalrat gründlich aussprechen konnten. Es ist der Sache dienlicher,

vorher dem Vertreter in Bern die Anliegen mitzuteilen, als nachher wirkungslose Kritik zu üben.

Empfangen Sie unsere besten Wünsche für die kommenden aufreibenden Wochen. Wir werden regen und kritischen Anteil nehmen — unsere Anliegen und unsere Einstellung kennen Sie!

Kommission für Militärfragen
der Katholischen Volkspartei Basel:

Der Präsident: sig. Eugen Keller

Le scorie radioattive

La Conferenza internazionale promossa dall'UNESCO e dall'Ente Internazionale per l'Energia Atomica per l'esame del problema dell'eliminazione delle scorie radioattive, a Monte Carlo, si è conclusa con un accordo unanime tra i 300 delegati di 30 paesi ad essa partecipanti sulla necessità di non esporre ad alcun pericolo l'umanità, indipendentemente dai metodi adottati nella soluzione del problema.

La rivista «L'Atomo per la Pace» 5, p. 4, 1959, scrive: Nell'esame dei metodi per l'eliminazione dei residui delle lavorazioni nucleari, si sono manifestate alcune divergenze di opinione tra la delegazione sovietica e quelle occidentali.

La delegazione dell'URRS, che in un primo tempo aveva sostenuto che non si dovrebbero mai scaricare le scorie radioattive nel mare, ha ammesso successivamente, per bocca di uno dei suoi membri, che la dichiarazione doveva essere interpretata nel senso che l'Unione Sovietica non raccomanderebbe per il momento metodi del genere nell'eliminazione dei rifiuti.

Dal canto loro, le nazioni occidentali hanno sostenuto che lo scarico in mare di scorie a basso livello radioattivo non presenta alcun pericolo. La maggiore operazione del

genere viene attualmente effettuata a Windscale, dove l'Ente per l'Energia Atomica della Gran Bretagna (UKAEA) procede allo scarico delle scorie nel Mar d'Irlanda. Peraltro, gli scienziati della delegazione inglese hanno sottolineato che lo stronzio-90 aggiunto all'acqua di mare rappresenta soltanto una frazione minima della radioattività già esistente negli oceani sotto forma di potassio-40.

Il delegato americano *Revelle*, dell'Istituto Scripps di Oceanografia, ha formulato la previsione che si dovranno destinare alle ricerche sull'eliminazione delle scorie in mare somme ed impianti di entità dieci volte maggiore di quelli attualmente disponibili.

V. I. Spytzin, della delegazione sovietica, ha rivolto un invito ad una stretta collaborazione tra i geologi, gli ingegneri minerari ed i radiochimici per concretare le misure e i metodi necessari per l'iniezione di scorie liquide nel sottosuolo. In attesa dei risultati di ricerche del genere, egli ha soggiunto, l'unico metodo sicuro per la eliminazione dei residui radioattivi è costituito dal seppellimento delle scorie solide insolubili, convenientemente racchiuse in cemento o vetro.

-eu.

Szintillationszähler aus Kunststoff

Für Szintillationszähler zur Feststellung radioaktiver Strahlungen werden im allgemeinen Phosphorkristalle verwendet, die jedoch mechanisch recht schwierig zu bearbeiten und gegen chemische Einflüsse, vor allem gegen Feuchtigkeit, sehr empfindlich sind. Bei gleicher Empfindlichkeit weisen laut «Orion» Kunststoffschirme, die anstelle von Phosphorkristallen in die Zähler eingebaut werden, diese Nachteile nicht mehr auf.

«Als Kunststoff dient ein Styrol-Mischpolymerisat, dem geringe Mengen von *p*-Terphenyl und Tetraphenylbutadien

zugesetzt worden sind. Trifft eine ionisierende Strahlung — und dazu gehören die radioaktiven Strahlungen — auf den Kunststoff, so wird ihre Energie in Licht umgewandelt. Der Lichtblitz ist jedoch für den Beobachter nicht sichtbar; denn die Erscheinung liegt im Bereich des Ultraviolett-Spektrums. Da die Lichtenergie jedoch grösstenteils vom Tetraphenylbutadien absorbiert wird, tritt sie als Lichtblitz im blauen Bereich des sichtbaren Spektrums in Erscheinung und kann dann vom Beobachter wahrgenommen werden.»

-eu.

Die zivile Sanitätshilfsstelle in Küsnacht ZH

Paul Kaltbrunner, Meilen ZH

Die Sektion Zürichsee rechtes Ufer des MSV (Militär-sanitätsverein) hatte Gelegenheit, am 7. November die neu erstellte und vollständig eingerichtete Sanitätshilfsstelle der Zivilschutzorganisation Küsnacht ZH zu besuchen. Die Besichtigung galt als Vereinsübung. Herr Pfister, Chef der Hilfsstelle, beehrte uns mit seiner Anwesenheit, ebenso Herr Oblt. Dr. med. Sommer. Zahlreiche Angehörige der Aktiven und Freunde durften ebenfalls beiwohnen. Einer unserer technischen Leiter, Herr Hptm. Dr. med. Bütikofer, Stäfa, leitete die Übung, indem er, unterstützt durch seine Gattin und

seine Arztgehilfin, die Einrichtung des Operationsraumes (im Zivilschutz «Behandlungsraum» genannt) und das ganze Instrumentarium erklärte anhand eines «praktischen Falles», sowohl Vorbereitung als auch Durchführung der Operation. Die anschliessende Fragenbeantwortung und eine rege Diskussion zeigten folgende wesentliche Probleme auf:

1. Ein eventueller zukünftiger Krieg wird ein totaler sein und zwischen Front und Hinterland, zwischen Armee und Zivilbevölkerung keine scharfe Abgrenzung mehr zulassen.